

Schiedsgerichtsordnung, Aktualisierungen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: S Satzung, Statute und Ordnungen (wird aufgrund der aktuellen politischen Lage nicht mehr behandelt)

Satzungstext

1 (...)

2 § 2 Verfahrensbeteiligte

3 (1) Verfahrensbeteiligte sind:

4 1. Antragsteller*in,

5 2. Antragsgegner*in,

6 3. Beigeladene*r.

7 (2) Die Beiladung erfolgt durch unanfechtbaren Beschluss des Schiedsgerichts.
8 Der Beiladungsbeschluss ist allen Beteiligten zuzustellen.

9 (3) Die Verfahrensbeteiligten können sich eines Beistandes oder eines/r
10 Verfahrensbevollmächtigten bedienen. Diese müssen dem Schiedsgericht eine
11 schriftliche Vollmacht vorlegen.

12 (...)

13 § 4 Antragsberechtigung

14 (1) Antragsberechtigt sind:

15 1. alle Parteiorgane und Organe der Vereinigungen,

16 2. 1/10 der stimmberechtigten Teilnehmer*innen einer Versammlung, sofern eine
17 Wahl oder Entscheidung dieser Versammlung angefochten wird,

18 3. jedes Parteimitglied, sofern es in der Sache unmittelbar persönlich betroffen
19 ist.

20 (2) Wahlen und Entscheidungen der Bundesorgane können nur innerhalb von drei
21 Monaten nach Beschlussfassung angefochten werden.

22 § 5 Anträge und Schriftsätze

23 (1) Jeder Antrag bedarf zu seiner Wirksamkeit der Textform.

24 (2) Jeder Antrag ist zu begründen und mit den erforderlichen Beweismitteln zu
25 versehen.

26 (3) Anträge, Schriftsätze, Urkunden und Nachweise, auf die Bezug genommen wird,
27 sind dem Bundesschiedsgericht postalisch in zweifacher Ausfertigung oder digital
28 per E-Mail an bundesschiedsgericht@gruene.de zu übermitteln.

29 (4) Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte sind binnen
30 eines Monats nach Kenntnis der schriftlichen Gründe der angefochtenen

31 Entscheidung einzulegen, soweit der zuständige Landesverband keine eigene
32 Regelung hierüber getroffen hat.

33 § 6 Benennung der von den streitenden Parteien zu benennenden
34 Schiedsrichter*innen

35 (1) Die streitenden Parteien benennen für das Schiedsgerichtsverfahren je eine/n
36 Schiedsrichter*in. Sie müssen Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein.

37 (2) Der/die Vorsitzende des Schiedsgerichts kann den Parteien für die Benennung
38 des/der Schiedsrichter*in eine Ausschlussfrist setzen. Wird der/die
39 Schiedsrichter*in nicht innerhalb dieser Ausschlussfrist benannt, ist der/die
40 Vorsitzende berechtigt, im Einvernehmen mit den gewählten Beisitzer*innen eine/n
41 Schiedsrichter*in seiner/ihrer Wahl zu benennen. Die Parteien sind über diese
42 Folge der Fristversäumnis schriftlich zu belehren. Die Belehrung ist
43 zuzustellen.

44 (...)

45 § 8 Verfahrensvorbereitung

46 (1) Die Verfahrensvorbereitung liegt in den Händen des/der Vorsitzenden. Er/sie
47 trifft die Entscheidungen, die ohne mündliche Verhandlung ergehen, allein,
48 soweit diese Schiedsgerichtsordnung und die Satzung keine anderweitigen
49 Regelungen treffen.

50 (2) Der/die Vorsitzende kann seine/ihre Aufgaben im Einvernehmen mit den
51 gewählten
52 Beisitzer*innen einem/einer der gewählten Beisitzer*innen übertragen. Die
53 Beteiligten
54 sollen hierüber informiert werden.

55 (...)

56 § 10 Mündliche Verhandlung

57 (1) Das Schiedsgericht trifft die verfahrensbeendenden Entscheidungen aufgrund
58 mündlicher Verhandlung, jedoch kann im Einvernehmen aller Beteiligten auch im
59 schriftlichen Verfahren entschieden werden. Die Bestimmung des zuständigen
60 Schiedsgerichts nach § 23 Abs. 7 Nr. 4 Bundessatzung erfolgt ohne mündliche
61 Verhandlung durch die/den Vorsitzenden im Einvernehmen mit den gewählten
62 Beisitzer*innen.

63 (2) Die mündliche Verhandlung kann auch in Form einer Videoverhandlung
64 durchgeführt werden. Dabei ist es nicht erforderlich, dass die Mitglieder des
65 Gerichts an einem Ort anwesend sind. Ebenso ist es möglich, einzelnen
66 Mitgliedern des Gerichts, Verfahrensbeteiligten oder ihren Beiständen oder
67 Verfahrensbevollmächtigten die Teilnahme an der mündlichen Verhandlung im Wege
68 der Bild- und Tonübertragung zu ermöglichen.

69 (3) Die Entscheidung über die Verfahrensweise trifft der/die (stellvertretende)
70 Vorsitzende im Einvernehmen mit den gewählten Beisitzer*innen. Gleiches gilt für
71 die Festsetzung von Ort und Zeit der mündlichen Verhandlung. Die Ladungsfrist
72 beträgt mindestens 2 Wochen. Im Einvernehmen mit den Beteiligten kann sie
73 verkürzt werden. Die Ladung erfolgt per E-Mail gegen Empfangsbekanntnis, per
74 Brief oder Fax. Die Ladung an die Beteiligten muss enthalten:

75 1. Ort und Zeit der Verhandlung,

76 2. den Hinweis, dass bei Fernbleiben eines/einer Beteiligten in dessen/deren
77 Abwesenheit verhandelt und entschieden werden kann.

78 (4) Die mündliche Verhandlung ist für Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
79 öffentlich. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden, wenn dies im
80 Interesse eines/einer Beteiligten geboten ist. Mit Einverständnis aller
81 Beteiligten kann die Verhandlung der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich
82 gemacht werden.

83 (5) Die mündliche Verhandlung wird von dem/der Vorsitzenden geleitet. Er/sie
84 kann diese Aufgabe im Einvernehmen mit den gewählten Beisitzer*innen einem/einer
85 der gewählten Beisitzer*innen übertragen.

86 (6) Die mündliche Verhandlung beginnt mit dem Aufruf der Sache und – sofern die
87 Beteiligten hierauf nicht verzichten – der Darlegung des wesentlichen
88 Akteninhalts. Sodann erhalten die Beteiligten das Wort, um ihre Anträge zu
89 stellen und zu begründen.

90 (7) Nach der Erörterung der Sache und nach Abschluss einer etwaigen
91 Beweisaufnahme wird
92 die mündliche Verhandlung für geschlossen erklärt. Neue Tatsachen und
93 Beweisanträge
94 können die Beteiligten danach nicht mehr vorbringen. Das Schiedsgericht kann
95 jedoch die
96 Wiedereröffnung beschließen.

97 (8) Über den Verlauf der mündlichen Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen,
98 das den wesentlichen Inhalt der Verhandlung wiedergibt. Anträge der Beteiligten
99 sind im Wortlaut aufzunehmen. Das Protokoll ist von dem/der Vorsitzenden und
100 dem/der Protokollführer*in zu unterschreiben. Es ist allen Beteiligten
101 unverzüglich zuzuleiten.

102 (...)

103 § 13 Einstweilige Anordnung

104 (1) Das Schiedsgericht kann jederzeit auf Antrag eine einstweilige Anordnung
105 erlassen, ausgenommen die Anordnung eines Parteiausschlusses.

106 (2) Die Anordnung kann ohne mündliche Verhandlung und in dringenden Fällen
107 allein durch die/den Vorsitzende/n ergehen. Die/der Vorsitzende soll sich in
108 diesem Fall mit den gewählten Beisitzer*innen abstimmen.

109 (3) Gegen eine Entscheidung gem. Abs. (2) kann der/die Betroffene binnen zwei
110 Wochen nach Zustellung der Anordnung Beschwerde einlegen. Der/die Betroffene ist
111 in dem Beschluss über diese Rechtsmittel zu belehren.

112 § 14 Abschließende Regelungen

113 (1) Zustellungen

114 1. Zugestellt wird per E-Mail gegen Empfangsbekanntnis oder postalisch per
115 Einschreiben. Ist ein*e Beteiligte*r anwaltlich vertreten, kann die Zustellung
116 entsprechend § 198 der Zivilprozessordnung erfolgen.

117 2. Scheitert die Zustellung per telekommunikativer Übermittlung, so ist
118 postalisch zuzustellen.

119 3. Die postalische Zustellung gilt auch dann als erfolgt, wenn der/die
120 Adressat*in die Annahme verweigert. Gleiches gilt, wenn er/sie unter der
121 postalischen Adresse, die er/sie gegenüber der zuständigen Parteigliederung
122 angegeben hat, nicht erreicht werden kann.

123 (2) Kosten

124 1. Verfahren vor dem Schiedsgericht sind kostenfrei.

125 2. Kosten anwaltlicher Vertretung und weitere notwendigen Auslagen können
126 der/dem Beteiligten auf Antrag erstattet werden.

127 (3) Verfahrensakten können 5 Jahre nach Abschluss des Verfahrens vernichtet
128 werden. Die Übergabe an das Archiv Grünes Gedächtnis bleibt davon unberührt.

129 § 15 Schlussbestimmungen

130 (1) Diese Schiedsgerichtsordnung ist Bestandteil der Bundessatzung.

131 (2) Diese Schiedsgerichtsordnung tritt mit ihrer Verabschiedung durch die
132 Bundesversammlung in Kraft.